

Jürgens, Ulrich

Article — Digitized Version

Für eine Entmystifizierung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate: das Profitratengesetz als Ansatzpunkt von Kapitalstrategien und staatlicher Reformpolitik (eine Problemskizze)

Prokla - Probleme des Klassenkampfes: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Jürgens, Ulrich (1979) : Für eine Entmystifizierung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate: das Profitratengesetz als Ansatzpunkt von Kapitalstrategien und staatlicher Reformpolitik (eine Problemskizze), Prokla - Probleme des Klassenkampfes: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, ISSN 0342-8176, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, Vol. 9, Iss. 3, pp. 135-160

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/123072>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Ulrich Jürgens

Für eine Entmystifizierung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate – Das Profitratengesetz als Ansatzpunkt von Kapitalstrategien und staatlicher Reformpolitik (eine Problemskizze)

In der Diskussion des Profitratengesetzes herrscht seit je ein prinzipieller Dissens zwischen marxistischen und nicht-marxistischen Wissenschaftlern. Die einen halten es für ein Fundamentalgesetz der ökonomischen Entwicklung im Kapitalismus, die anderen bestreiten rundweg seine Gültigkeit.

Dabei müßte das Gesetz, wenn es die von den Marxisten behauptete Rolle besitzt, in höchstem Maße *verhaltensrelevant* sein – sowohl für das Handeln einzelner Kapitale als auch für die gesellschaftlichen Institutionen, die gemeinschaftliche Interessen von Kapitalen reflektieren. So erklärt zum Beispiel J. Hirsch, sich Überlegungen P. Matticks anschließend,

„daß in der Entwicklung des ‚Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate‘ im dritten Band des *Kapital* der notwendige logische Verknüpfungspunkt zwischen der Untersuchung des ‚Kapitals im Allgemeinen‘ und den erscheinenden Bewegungen an der Oberfläche der Gesellschaft, den bewußten Aktionen gesellschaftlicher Subjekte und damit der politischen Prozesse, zu suchen ist.“ (1)

So „einfach“ das Gesetz *bei Marx* auf Basis der von ihm entwickelten Beziehungen von Mehrwertrate und organischer Zusammensetzung auch erscheint (2), als historisches Entwicklungsgesetz unter Einschluß der entgegenwirkenden Tendenzen ist es jedoch ein in seinen Implikationen kaum zu überblickender Wirkungsmechanismus. Kein Wunder, daß Untersuchungen zum Nachweis des Profitratengesetzes dazu tendieren, diesen Komplex zu mystifizieren und sich über Fragen der Durchsetzungsweise des Gesetzes und seiner Vermittlungsformen auf der Ebene der „bewußten Aktionen gesellschaftlicher Subjekte“ ausschweigen.

Die Versuche, anhand von Indikatoren den tatsächlichen empirischen Bewe-

1 J. Hirsch, Elemente einer materialistischen Staatstheorie, in: C. v. Braunmühl et al., Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/M. 1973, S. 199 ff., S. 234; vgl. ähnlich P. Mattick, Werttheorie und Kapitalakkumulation, in: C. Rolshausen, Hg., Kapitalismus und Krise. Eine Kontroverse um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Frankfurt/M., Wien 1970, S. 7 ff. sowie: Ders., Marx und Keynes. Die Grenzen des „gemischten Wirtschaftsystems“, Frankfurt/M., Wien 1971

2 Vgl. die berühmte Formulierung von Marx im 3. Band des Kapitals:
„So einfach das Gesetz nach den bisherigen Entwicklungen erscheint, so wenig ist es aller bisherigen Ökonomie gelungen, (...) es zu entdecken. Sie sah das Phänomen und qualte sich in widersprechenden Versuchen ab, es zu deuten. Bei der großen Wichtigkeit aber, die dies Gesetz für die kapitalistische Produktion hat, kann man sagen, daß es das Mysterium bildet, um dessen Lösung sich die ganze politische Ökonomie seit Adam Smith dreht, und daß der Unterschied zwischen den verschiedenen Schulen seit A. Smith in den verschiedenen Versuchen zu seiner Lösung besteht.“ (MEW Bd. 25, S. 223)

gungsverlauf der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate darzustellen und zu erklären, überspringen das Problem der Durchsetzungs- und Vermittlungsformen. Die Vermittlung von Oberflächenbewegungen und Wertverhältnissen erfolgt nach der Methode der „black box“, indem aus Veränderungen auf der Ebene der Preisbewegungen über einfache Annahmen auf die grundlegenden Gesetze der Wertbewegungen „zurückgeschlossen“ (3) wird. Zur Begründung eines solchen Rückschlusses haben Altvater, Hoffmann und Semmler die „Parallelitätsannahme“ eingeführt, die darin besteht,

„daß *letztendlich* die Tendenzen der Wertbewegung die Marktpreisbewegungen bestimmen, daß über entsprechend (?) lange Zeiträume also *Wertverhältnisse* und die sich in Marktpreisen ausdrückenden *Verhältnisse an der Oberfläche parallel* verlaufen.“ (4)

Die Vermittlung zwischen Wert- und Preisverhältnissen wird auf diese Weise als rein mathematisches Problem formuliert; sie läßt sich durch eine einfache (hier auch noch lineare) Funktion zwischen den beiden Ebenen darstellen. Das Problem der Durchsetzungs- und Vermittlungsformen reduziert sich auf die Frage nach dem Zeitraum, in dem sich die grundlegenden Gesetze der Wertbewegung an der Oberfläche durchsetzen. Nicht das *Wie* und *Ob*, sondern nur das *Wann* der Durchsetzung ist hier Problem. Da die Handlungsstrategien von Individuen und etwa Anpassungs- und Ausweichstrategien der Einzelkapitale lediglich als Besonderheit der Oberflächenbewegungen und d.h. der Preisbeziehungen betrachtet werden, bleibt für die inneren Gesetzmäßigkeiten der Wertbewegungen *nur* die Vorstellung einer „linearen“ Weitergeltung und des Anstiegs, oder besser des Anstaus der Notwendigkeit sich durchzusetzen.

Das black-box-Verfahren führt damit zu einer spezifischen Verkürzung der Diskussion um das Gesetz vom tendenziellen Fall. Indem das Schwergewicht auf die Frage des langfristigen Trends und der Krisenprognose gelegt wird, also auf die Frage der Dauer und des Zusammenbruchs des Profitsystems, werden Fragen nach den Übergangs- und Vergesellschaftungsformen, die sich in der historischen Entwicklung in Reaktion auf das Gesetz herausbilden, vernachlässigt (4a).

Mit den folgenden Ausführungen soll versucht werden, die Implikationen, die sich aus dem Gesetz für die Anpassungs- und Ausweichstrategien des Kapitals ergeben, näher darzustellen. Da das Erkenntnisinteresse dabei weg von der langfristigen Krisen- und Zusammenbruchprognose hin zu den handlungspraktischen Strategien in Politik und Ökonomie, die auf Stabilisierung und Anpassung *im Rahmen* des Pro-

3 Vgl. E. Altvater et al., „Zum Problem der Profitratenabrechnung – Eine Replik und ein Versuch, das Indikatorenverfahren zu präzisieren“, in: Probleme des Klassenkampfes 24 (1976), S. 191 ff. Vgl. im Übrigen zur Diskussion um das Gesetz der fallenden Tendenz der Profitrate die zahlreichen Beiträge in dieser Zeitschrift (insbesondere Heft 13 und 16).

4 E. Altvater et al., Zum Problem ..., a.a.O., S. 194

4a Vgl. zur generellen Fragestellung und zu einer exemplarischen Analyse anhand der Kartelle meine Dissertation: „Selbstregulierung des Kapitals. Problemstudien zum Verhältnis zwischen den objektiven Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie und den Anpassungsformen des Kapitals in der historischen Entwicklung insbesondere anhand der Kartellbewegung in Deutschland um die Jahrhundertwende“ (erscheint demnächst).

fitsystems orientiert sind, gerichtet wird, ergeben sich auch unmittelbar Anknüpfungspunkte zu der nicht-marxistischen Wirtschaftsforschung.

Zentraler Ausgangspunkt der Argumentation ist, daß *Analysen zu den Durchsetzungs- und Vermittlungsformen des Profitratengesetzes auf der Ebene der einzelnen Branchen und Produktlinien ansetzen müssen*. Ich werde im ersten Teil dieses Aufsatzes zeigen, wie sehr der branchenbezogene Zugang zur Profitratenanalyse und die Frage der Ausweichmöglichkeiten der Kapitale bei Marx miteinander verknüpft sind. Dafür werden insbesondere die Ausführungen im Band 3 des „Kapital“ zur Rolle der Aktiengesellschaften herangezogen. Anhand dieser Ausführungen läßt sich zeigen, weshalb Marx selbst keine scharfe Trennlinie zwischen zusammenbruchstheoretischen und übergangstheoretischen Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Profitratengesetz gezogen hat.

Im zweiten Teil des Aufsatzes wird noch einmal näher auf die Konzeption der Aktiengesellschaften bzw. der „großen Kapitale“ als Subjekte oder Objekte von Strategien, den gesellschaftlichen Problemdruck aufgrund tendenziell fallender Profitraten aufzufangen und einzugrenzen, eingegangen. Dabei geht es mir vor allem um die Rolle, die die Aktiengesellschaften für eine reformgradualistische Vorstellung des Absterbens, der Auszehrung und Abschaffung des Profitsystems vor dem Hintergrund der Einschätzung der Irreversibilität der Wirkungen des Profitratengesetzes gewinnen konnte.

Mit dem dritten Teil des Aufsatzes wird ein Sprung in die gegenwärtige nicht-marxistische Theorie über den langfristigen Produktzyklus getan. Mit dieser Theorie wird m. E. die Anerkennung der Geltung des Gesetzes vorgenommen, und damit zugleich als Grundgesetz der Anpassungs- und Planungskalküle des Managements für eine langfristige Strategie der Sicherung der Einzelkapitale formuliert. Die Darstellung der Theorie des langfristigen Produktzyklus erfolgt im Rahmen des Aufsatzes vergleichsweise ausführlicher, da hier m. E. auch für die marxistische Diskussion Anregungen für eine Darstellung der Vermittlungsformen des Profitratengesetzes gegeben werden, die auf Mystifikationen verzichtet.

Weitergeführt werden die Überlegungen im vierten und letzten Teil dann allerdings nur in einem Aspekt – nämlich den Implikationen, die die Anerkennung und hadlungspraktische Reformulierung des Profitratengesetzes für das Verhältnis von einzelkapitalistischer Anpassungs- und staatlicher Reformpolitik gewinnen kann. Dabei beziehe ich mich auf die Vorstellungen, die von Fritz Scharpf und Volker Hauff in ihrem Buch „Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik“ (4 b) programmatisch entwickelt wurden.

Insbesondere dieser letzte Teil wird nur eine sehr knappe Skizze von Überlegungen und Thesen sein können.

1. Die empirische Basis des Profitratengesetzes bei Marx

Einer der wesentlichen Gründe dafür, daß das Profitratengesetz so schwer analytisch nachzuvollziehen ist, liegt daran, daß die fallende Tendenz – in bester Keynesscher Manier – von *vornherein* auf gesamtwirtschaftlicher Ebene – analog zur sinkenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals – betrachtet wird. Demgegenüber wird hier die Auffassung vertreten, daß, um die inneren Zusammenhänge und die Durchsetzungsmechanismen des Gesetzes zu analysieren, zunächst die Verwertungsverhältnisse *in den einzelnen Zweigen* gesellschaftlicher Produktion historisch spezifiziert heranzuziehen sind. Auf diese Bedingtheit hat Marx selbst in der Auseinandersetzung mit Ricardo hingewiesen:

„Im Gegensatz zu Adam Smith arbeitete David' Ricardo die Bestimmung des Werts der Ware durch die Arbeitszeit rein heraus und zeigt, daß dies Gesetz auch die ihm scheinbar widersprechendsten bürgerlichen Produktionsverhältnisse beherrscht. Ricardos Untersuchungen beschränken sich ausschließlich auf die Wertgröße, und mit Bezug auf diese ahmt er wenigstens, daß die *Verwirklichung des Gesetzes von bestimmten historischen Voraussetzungen abhängt*. Er sagt nämlich, daß die Bestimmung der Wertgröße durch die Arbeitszeit nur für die Waren gelte, ‚die durch die Industrie beliebig vermehrt werden können und deren Produktion durch ungeschränkte Konkurrenz beherrscht wird‘. Es heißt dies in der Tat nur, daß *das Gesetz des Wertes zu seiner völligen Entwicklung die Gesellschaft der großen industriellen Produktion und der freien Konkurrenz, d.h. die moderne bürgerliche Gesellschaft voraussetze ...*“ (5)

Die Produktionsweise der „großen Industrie“ beherrscht jedoch nie vollständig den gesamten Umfang gesellschaftlicher Arbeiten (6). Soweit sich neue Produktionszweige bilden, muß dieser Prozeß der Unterwerfung der Produktionsbedingungen von Wert unter dessen Gesetzmäßigkeiten von Neuem vollzogen werden.

Wenn aber diese Veränderung nicht eine einmalige ist, sondern fortwährend im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung stattfindet, wie läßt sich dann ein Fall der Profitrate als in der Tendenz unausweichlich behaupten, wenn „... die allgemeine Profitrate aus dem average der besonderen Profitraten in allen branches of business (besteht)“? (7)

Die Begründung des *allgemeinen* durchschnittlichen Profitratenfalls erfolgt bei Marx zunächst auch nur auf Basis einer expliziten *Annahme*. So erklärt er:

„Nimmt man (...) an, daß diese graduelle Veränderung in der Zusammensetzung des Kapitals sich *nicht bloß in vereinzelter Produktionssphären zuträgt, sondern mehr oder weniger in allen, oder doch in den entscheidenden Produktionssphären*, daß sie also Veränderungen in der organischen *Durchschnittszusammensetzung* des einer bestimmten Gesellschaft angehörigen Gesamtkapitals einschließt, so muß dies allmähliche Anwachsen des konstanten Kapitals, im Verhältnis zum variablen, notwendig zum Resultat haben einen *graduellen Fall in der allgemeinen Profit-*

5 K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW Bd. 13, Berlin/DDR 1968, S. 45 f.; unsere Hervorhebung. Das Zitat beruht auf: D. Ricardo, On the Principles of political economy and taxation, 3rd ed. London 1821, S. 3

6 Die Öffnung von neuen Produktionszweigen wird von Marx selbst als eine der „entgegenwirkenden Ursachen“ gegen das Gesetz des Profitratenfalls angeführt; vgl. Das Kapital, Bd. 3, in: MEW, Berlin/DDR 1964, S. 246 f.

7 K. Marx, Theorien über den Mehrwert. (Vierter Band des „Kapitals“). Zweiter Teil; MEW Bd. 26.2. Berlin/DDR 1967, S. 433

rate bei gleichbleibender Rate des Mehrwerts oder gleichbleibendem Exploitationsgrad der Arbeit durch das Kapital.“ (8)

Diese Annahme begründet er im Anschluß selbst mit der empirischen Erfahrung:

„Nun hat sich aber gezeigt, als ein Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise, daß mit ihrer Entwicklung eine relative Abnahme des variablen Kapitals im Verhältnis zum konstanten Kapital und damit im Verhältnis zu dem in Bewegung gesetzten Gesamtkapital stattfindet.“ (9)

Die Problematik dieser Annahme liegt also nicht darin, daß sie dogmatisch gesetzt und keiner empirischen Überprüfung zugänglich sei; sie liegt m. E. auch nicht darin, daß Marx hier eine bestimmte Form des technischen Fortschritts, den arbeitssparenden, verabsolutiert und den kapitalsparenden vernachlässigt (10). Ich sehe den wesentlichen Mangel der Gesetzesbegründung darin, daß Marx anscheinend eine auch entwicklungsperspektivisch sehr begrenzte Anzahl von Produktionssphären im Auge gehabt hat, in denen sich der Prozeß der ansteigenden Kapitalzusammensetzung irreversibel abspielt und daß auch diese „Sphären“ sehr eng begriffen wurden, d.h. eher im Sinne von Produktlinien, wie in der Produkt-Zyklus-Theorie (s. unten) und nicht im Sinne von Produktionszweigen. Allerdings ist das Entstehen neuer Kapitalanlagesphären von Marx durchaus gesehen und in ihrer Wirkung auf die Profitrate wiederholt hervorgehoben worden (11). Die Vermutung, daß der Neubildung bzw. Differenzierung der Kapitalanlagesphären von ihm dennoch im Hinblick auf das Profitratengesetz keine große Relevanz beigemessen wurde, stützt sich auf die Vorstellungen, die Marx zur Rolle der „großen Kapitale“ entwickelt.

Marx stellt nämlich im Hinblick auf die Profitratenentwicklung eine grundsätzliche Differenz zwischen den „großen Kapitalen“ und dem Rest der Einzelkapitale, insbesondere den noch Anlage suchenden Kapitalen fest. Dabei ist wichtig, daß die Höhe der Profitrate von ihm dabei als *subjektives Entscheidungskriterium* herangezogen wird:

„Die Profitrate, d. h. der verhältnismäßige Kapitalzuwachs ist vor allem wichtig für alle neuen, sich selbständig gruppierenden Kapitalableger. Und sobald die Kapitalbildung ausschließlich in die Hände einiger weniger, fertiger Großkapitale fiel, für die die Masse des Profits die Rate aufwiegt, wäre überhaupt das belebende Feuer der Produktion erloschen. Sie würde einschlummern.“ (12)

8 K. Marx, Das Kapital. Bd. 3, a.a.O., S. 222; (meine Hervorhebungen, Sperrungen im Original nicht berücksichtigt)

9 A.a.O., meine Hervorhebung.

10 Vgl. G. Stamatis, „Zum Marxschen Gesetz vom tendenziellen Fall der allgemeinen Profitrate“, in: Mehrwert, Nr. 10 (1976), S. 70 ff.

11 Vgl. z. B. für die Chemie: „Jeder Fortschritt der Chemie vermannigfaltigt nicht nur die Zahl der nützlichen Stoffe und die Nutzenwendungen der schon bekannten, und *dehnt daher mit dem Wachstum des Kapitals seine Anlagesphären aus*. Das Kapital, Bd. 1, a.a.O., S. 632; vgl. auch a.a.O., S. 641; Ders., Das Kapital, Bd. 3, a.a.O., S. 246, 276 und passim sowie ders., Grundrisse ..., a.a.O., S. 310 ff.

12 Marx fügt hinzu: „Die Profitrate ist die treibende Macht in der kapitalistischen Produktion, und es wird nur produziert, was und soweit es mit Profit produziert werden kann. Daher die Angst der englischen Ökonomen über die Abnahme der Profitrate.“ Das Kapital, Bd. 3, a.a.O., S. 269

Wie muß man dies nun verstehen, daß für die großen Kapitale die Profitmasse die Profitrate „aufwiegt“; etwa so, daß sich diese Kapitale nunmehr mit einer kleineren Profitrate „zufriedengeben“ würden? Es wäre tautologisch, mit der in der Regel höheren organischen Zusammensetzung bei diesen Kapitalen zu argumentieren, so daß sie daher den Durchschnittsprofit gar nicht mehr „abwerfen“ würden (13). Denn entweder es handelt sich um eine notwendige Produktion im Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, dann würde sich auch der „Anspruch“ auf Durchschnittsprofit durchsetzen können, oder das ist nicht der Fall, dann wird tendenziell Kapital aus diesem Zweig abfließen. Die dritte, von Marx angegebene Möglichkeit, daß sich diese großen Unternehmungen in Aktiengesellschaften umwandeln und daher nur als „zinstragendes Kapital berechnet und angewandt“ (14) werden, wird an dieser Stelle von mir noch nicht berücksichtigt.

Würde man die obige Aussage handlungstheoretisch auffassen, so würde man einen subjektiven Sättigungsgrad der großen Kapitale, oder hier: der Großkapitalisten unterstellen, die daher „zufrieden“ sind, wenn sie auf ihr jeweils nur eingesetztes Kapital jeweils auch Profit erzielen, gleichviel in welcher Höhe. Dies würde unterstellen, als würde das Kapital nach dem subjektiven Akkumulations„drang“ seiner sozialen Repräsentanten reguliert.

Die Frage ist aber doch, inwieweit die „großen Kapitale“ auf Basis einer relativ geringeren Kapitalverwertung sich langfristig überhaupt *reproduzieren* können. Unter dem Gesichtspunkt der Reproduktion des einzelnen Großkapitals bedeutet ein Sinken der Profitrate eine Abnahme der Akkumulationsrate und daher eine Verminderung der Fähigkeit zur Umwälzung der Produktionsbedingungen im eigenen Bereich. Als die *gesellschaftliche* Produktion einer bestimmten „Sphäre“ beherrschendes Einzelkapital *kann* dieses sich nur dann mit einer hohen *Profitmasse* als „*Kompensation*“ für die fallende *Rate* begnügen, wenn eine derartige Umwälzung durch neu einströmende Kapitale unwahrscheinlich geworden ist, und das große Kapital diese Umwälzung im *Rahmen eines längeren, in stärkerem Maß autonom bestimmbarer Zeithorizonts* vornehmen kann. Diese Konstellation ist nur in der später noch darzustellenden „Ausreifungsphase“ einer Produktlinie denkbar.

Wenn aber mit dem Sinken der Profitrate gleichzeitig auch der Stachel, d.h. doch wohl die objektive Notwendigkeit, der Akkumulation abstumpft, wie es in der Marx'schen Formulierung heißt, dann kann dies nur bedeuten, daß das betreffende Kapital diesen Produktionszweig, in dem es groß geworden ist, nicht verläßt. In diesem Falle stagniert es und schrumpft mit dem es tragenden Produktionszweig zusammen. Daß Marx diese Vorstellung über das Schicksal der großen Kapitale gehegt haben muß, läßt sich aufgrund der Rolle der Aktiengesellschaften als „entgegenwirkender Ursache“ des Profitratenfalls annehmen. Er erklärt dazu:

„Ein Teil des Kapitals wird im Fortschritt der kapitalistischen Produktion, der mit beschleunigter Akkumulation Hand in Hand geht, nur als zinstragendes Kapital *berechnet und angewandt*.

13 Vgl. K. Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, a.a.O., S. 273 und *passim*; als Beispiel führt Marx immer wieder das *Eisenbahnwesen* an.

14 A.a.O., S. 250

Nicht in dem Sinne, worin jeder Kapitalist, der Kapital ausleiht, sich mit den Zinsen begnügt, während der industrielle Kapitalist den Unternehmergewinn einsteckt. Dies geht die Höhe der allgemeinen Profitrate nichts an (...) Sondern in dem Sinne, daß diese Kapitale, obgleich in große produktive Unternehmungen gesteckt, nach Abzug aller Kosten nur große oder kleine Zinsen, sogenannte Dividenden abwerfen. Z. B. in Eisenbahnen. Sie gehen also nicht in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate ein, da sie eine geringere als die Durchschnittsprofitrate abwerfen. Gingen sie ein, so säne diese viel tiefer.“ (15)

Damit ergibt sich folgende Ableitung:

1. der Prozeß der Konzentration und Zentralisation führt zum Großwerden einzelner Kapitale; 2. für diese vermag eine steigende Profitmasse ein Sinken der Profitrate zu kompensieren; 3. die adäquate Organisationsform des Kapitals in diesem Stadium ist die Aktiengesellschaft; 4. in der Form der Aktiengesellschaft befindet sich das Kapital aber bereits in einer Übergangsform, die dem eigentlichen Kapitalzusammenhang nicht mehr angehört, da es den Ausgleichungsprozessen zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate, d. h. der Konkurrenz nicht mehr ausgesetzt ist; dieser Ausgleichungsprozeß ist es aber, der das Kapital als gesellschaftliche Einheit konstituiert (16).

Das für die begrenzte Verwertungs-, „sphäre“ und ihren Wachstumsmöglichkeiten zu große Kapital wird als Aktiengesellschaft bereits in eine erste Form der Entwertung überführt. Würde dies Kapital den durchschnittlichen Verwertungsgrad realisieren können und in der eigenen „Sphäre“ akkumulieren, wäre eine ungeheure Überakkumulation die Folge. Als Alternative folgert Marx auf Entwertung.

Was mag Marx bewegen haben, gerade den großen Kapitalen die Flexibilität abzusprechen, in solche Produktionszweige hinüberzuwachsen, in denen noch eine Ausdehnung möglich ist? Ist es nicht gerade das Charakteristikum der großen Kapitale, sich nicht mit dem Schicksal eines stagnierenden Zweiges abzufinden? Folgen wir dem obigen Argumentationsstrang, dann scheint Marx das System der gesell-

15 K. Marx, Das Kapital, Bd. 3, S. 250; meine Hervorhebungen. Marx fährt fort: „Theoretisch betrachtet, kann man sie einrechnen, und erhält dann eine geringere als die scheinbar (gemeint ist sicherlich: anscheinend – U. J.) existierende und die Kapitalisten wirklich bestimmende, da gerade in diesen Unternehmungen das konstante Kapital im Verhältnis zum variablen am größten.“ Die neueren Versuche zur Quantifizierung der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate haben diese Aussage m. E. noch nicht reflektiert. Sie würden durch sie auch in arge Schwierigkeiten kommen.

16 An anderer Stelle scheint Marx diese Aussage allerdings einzuschränken; im Zusammenhang mit der Rolle des Kredits in der kapitalistischen Produktion erklärt er im Vorbeigehen: „Da der Kredit hier (bei den Aktiengesellschaften – U. J.) rein die Form des Zinses annimmt, sind solche Unternehmungen noch möglich, wenn sie bloßen Zins abwerfen, und es ist dies einer der Gründe, die das Fallen der allgemeinen Profitrate aufhalten, indem diese Unternehmungen, wo das konstante Kapital in so ungeheurem Verhältnis zum variablen steht, nicht notwendig in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate eingehn.“ (Das Kapital, Bd. 3, a.a.O., S. 453; meine Hervorhebungen.) Das Problem besteht aber gerade in den spezifischen Konkurrenzbedingungen, die die Notwendigkeit ausräumen und diesen Kapitalen eine andere Akkumulationsrate ermöglichen; daß die Kapitaleigner sich mit dem Zins begnügen würden, wenn sie müßten (aber warum?), ist demgegenüber wenig relevant, dies würden im Übrigen auch die Kapitaleigner der Nicht-Aktiengesellschaften zuweilen tun, wenn sie könnten.

schaftlichen Arbeit für so ausgefüllt und besetzt zu halten (bedenken wir, daß er in seiner Darstellung an sich vom „entwickelten Kapitalismus“ ausgeht), daß ein Ausweichen der großen Kapitale in neue Produktionszweige u. ä. als die unwahrscheinlichere Alternative gegenüber einer Umwandlung in die nur noch „zinsberechnenden“ Aktiengesellschaften erscheint. Dies kann nur so interpretiert werden, daß Marx die Umwälzungen im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in ihrer Wirkung auf den Fall der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate gering angesetzt hat. Die immer wieder sich ergebende Situation expandierender Produktionszweige – auf Kosten anderer – erhält bei Marx keine theoretische Relevanz. Würde dies nicht der Fall sein, bliebe den großen Kapitalen in der Tat von den anderen „entgegenwirkenden Faktoren“ (Weltmarkt, Kauf der Arbeitskraft unter Wert usw.) einmal abgesehen kein Ausweg als derjenige der Kapitalentwertung.

Ob die zweigspezifischen Verwertungsprobleme umgekehrt auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene als zyklusübergreifender Trend in der Statistik der Erscheinungsformen auch zum Ausdruck kommt, ist abhängig davon, wie das entsprechende Problem der Strukturveränderung über objektive Mechanismen und bewußte Anpassungsformen „verarbeitet“ werden kann, sowie abhängig von den Mechanismen, durch die das zunächst einzelzweigspezifische Verwertungsproblem auf andere Verwertungssphären übertragen und damit „vergesellschaftet“ wird, oder aber auf den einzelnen Zweig begrenzt werden kann.

2. Der Zusammenhang zwischen dem Profitratengesetz und dem Konzept der Übergangsformen.

Die Frage, die hinsichtlich der Rolle der großen Kapitale im vorigen Abschnitt gestellt wurde, ist noch nicht voll beantwortet:

Wie kommt es, daß Marx ausgerechnet den großen Kapitalen die Möglichkeit abspricht, die gesellschaftlich durchschnittliche Profitrate zu realisieren, und ihnen die Bereitschaft unterstellt, sich mit der steigenden Profitmasse zu begnügen und als Aktiengesellschaft schließlich ganz den Ausgleichszusammenhang der Kapitale zu verlassen? Ich habe diese Marx'sche Konzeption oben als Beleg dafür herangezogen, daß Marx das Terrain für die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise sehr eng gesteckt haben muß und daher zu entsprechenden Vorstellungen im Hinblick auf die Wirksamkeit des Gesetzes des tendenziellen Falls kommen konnte. Ich will im Folgenden auf die politisch-strategischen Implikationen hindeuten, welche die für unsere heutigen Kenntnisse so überraschende Konzeption der Aktiengesellschaften als „entgegenwirkender Ursache“ (d. h. als mögliche Anpassungsform) zu dem Profitratengesetz und zugleich als Übergangsform besaß.

Der theoretische Ausgangspunkt für die Darstellung der Aktiengesellschaften als Übergangsform ist bei Marx die Rolle des Kredits in der kapitalischen Produktion (17). Diese Darstellung steht, wie nirgendwo sonst im „Kapital“, ganz im Zei-

17 Vgl. Das Kapital, Bd. 3, 27. Kapitel

chen einer strategischen Konzeption der „neuen Produktionsweise“, aus deren Perspektive sich der Übergangskarakter bestimmter Erscheinungsformen ja erst bestimmen läßt. Im Zentrum dieser Konzeption stehen die *Kooperativfabriken* der Arbeiter, die insbesondere in England seit der Mitte des 19. Jahrhunderts an Bedeutung zuzunehmen schienen.

„Die Kooperativfabriken der Arbeiter selbst sind, innerhalb der alten Form, das erste Durchbrechen der alten Form, obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren und reproduzieren müssen. Aber der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist innerhalb derselben aufgehoben, wenn auch zuerst nur in der Form, daß die Arbeiter als Assoziation ihr eigener Kapitalist sind, d. h. die Produktionsmittel zur Verwertung ihrer eigenen Arbeit verwenden. Sie zeigen, wie, auf einer gewissen Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte und *der ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsformen*, naturgemäß (!) aus einer Produktionsweise sich eine neue Produktionsweise entwickelt und herausbildet. Ohne das aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringende Fabriksystem könnte sich nicht die Kooperativfabrik entwickeln und ebensowenig ohne das aus derselben Produktionsweise entspringende Kreditsystem.“ (18)

Das Kreditsystem ist aber sowohl die Basis für die Kooperativ- wie für die Aktienunternehmungen; während Marx die letztere als quasi-automatisches Entwicklungsergebnis sieht, verbindet er mit der ersteren eine politische Entwicklungsstrategie:

Das Kreditsystem, „wie es die *Hauptbasis bildet zur allmählichen Verwandlung der kapitalistischen Privatunternehmungen in kapitalistische Aktiengesellschaften*, bietet *ebensowehr die Mittel zur allmählichen Ausdehnung der Kooperativunternehmungen auf mehr oder minder nationaler Stufenleiter*. Die kapitalistischen Aktienunternehmungen sind *ebensowehr (!)* wie die Kooperativfabriken als Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte zu betrachten, nur daß in den einen der Gegensatz negativ, und in den anderen positiv aufgehoben ist.“ (19)

Die Bildung von Kooperativfabriken wurde denn auch in der politischen Arbeit von Marx unterstützt (20); allerdings zeigt eine genauere Untersuchung der Marx'schen Position, daß er zwar in der Auseinandersetzung um die Frage, ob die Arbeiterbewegung Priorität auf die Bildung von Konsumvereinen oder von Kooperativfabriken legen sollte, eindeutig zugunsten der letzteren Stellung bezogen hat (21), daß er den

18 A.a.O., S. 456; meine Hervorhebung.

19 A.a.O., meine Hervorhebung.

20 Vgl. dazu: H.-A. Winkler, Zum Verhältnis von bürgerlicher und proletarischer Revolution bei Marx und Engels, in: H.-U. Wehler, Hg., Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag. = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 11, Göttingen 1974, S. 326 ff. Hier viele Belege für den Stellenwert der Kooperativunternehmungen für Marx und Engels.

21 So erklärt Marx in den „Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen“ (1867), (in: MEW, Bd. 16, Berlin/DDR 1962) für den Generalrat der I. Internationale: „Wir empfehlen den Arbeitern, sich viel mehr auf Kooperativproduktion als auf Kooperativläden einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Wesens, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an ...“ (S. 196).

Die Problematik der Übergangsformen läßt sich sehr gut anhand dieser Auseinandersetzung um die Relevanz von Konsum- oder Produktionsgenossenschaften zeigen. Aus den theoretischen Überlegungen über das Kapital ergab sich natürlich, daß ein Einbruch in

politischen Stellenwert dieser Übergangsformen für die Arbeiterbewegung generell jedoch sehr kritisch bewertet hat. So erklärt er in „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ (zuerst veröffentlicht 1852) die Niederlage des Proletariats in Frankreich 1848 unter anderem damit:

„Zum Teil wirft es (das Proletariat – U. J.) sich auf doktrinaire Experimente, Tauschbanken und Arbeiterassoziationen, also in eine Bewegung, worin es darauf verzichtet, die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesamtmitteln umzuwälzen, vielmehr hinter dem Rücken der Gesellschaft, auf Privatweise, innerhalb seiner beschränkten Existenzbedingungen, seine Erlösung zu vollbringen sucht, also notwendig scheitert.“ (22)

Für die Kooperativunternehmungen gilt immerhin *intentional*, was Marx den Aktienunternehmungen unterstellt, nämlich ihr Willen aus dem gesellschaftlichen Ausgleichszusammenhang der Kapitale und d. h. aus dem Mechanismus zur Bildung der Durchschnittsprofitrate auszuschneiden. Im Hinblick auf diesen Ausgleichszusammenhang stellen die Kooperativunternehmungen bereits zumeist von ihrem Entstehungsprozeß her *Entwertungsformen von Kapital* dar, und als solche wirken sie objektiv als „entgegenwirkende Ursache“ zum Fall der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate. Es sind Unternehmen, die zur Verhinderung des Bankrotts und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen von den Belegschaften zumeist nur unter Kapitalisierung und Sonderkonditionen durch Banken usw. aufrecht erhalten werden. Das ökonomische Schicksal der Kooperativunternehmungen hat aber immer wieder deutlich gezeigt, daß ein Ausscheiden aus dem Ausgleichszusammenhang als punktueller – auf einzelne Unternehmen beschränkter – und gradueller Prozeß noch anderen Voraussetzungen unterliegt als der bloßen Bereitschaft, sich mit einer Kapitalverwertung unter der gesellschaftlichen Durchschnittsrate zu begnügen (23).

das Prinzip der kapitalistischen *Produktion* ein stärkeres Gewicht für die Überwindung des Kapitalismus haben mußte als eine Veränderung der kapitalistischen Verteilungsprinzipien. Für eine graduelle Strategie erwies sich diese Schlußfolgerung jedoch als grundfalsch. Wenn eine Genossenschaftsform überhaupt Existenzfähigkeit bewies, so waren es die Käufergenossenschaften; Produktivgenossenschaften vermochten sich allenfalls in handwerklichen Produktionsbereichen für einige Zeit zu halten. Frustration, welche sich bei diesen Argumenten nahezu ausnahmslos und rasch einstellten, sowie eine große Zahl von Bankrotten und Fehlschlägen waren die Folge.

Vgl. zur Genossenschaftsbewegung im 19. Jahrhundert: F. Oppenheimer, Die Siedlungsgenossenschaft, Leipzig 1903. Für Großbritannien: vgl. B. Webb, Die britische Genossenschaftsbewegung, Leipzig 1893; sowie M. Digby, Das Genossenschaftswesen in Großbritannien, Frankfurt 1971

22 = MEW, Bd. 8, S. 115 ff., S. 122; im Original gesperrt. Vgl. übrigens auch die Kritik von E. Bernstein an den Produktivgenossenschaften, die – wenn auch mit anderer politischer Stoßrichtung – für die Arbeiterbewegung in Deutschland die gleiche Erfahrung beschreibt; vgl. Die Voraussetzungen ..., a.a.O.

23 Das Debakel der Produktivgenossenschaften-Strategie blieb auch in Deutschland nicht aus, und es war, worauf Bernstein in der folgenden Aussage hinweist, nicht folgenlos für die politische Orientierung der Arbeiterbewegung:

„Die starke Hinneigung zum outrierten Staatssozialismus, die sich Mitte der siebziger Jahre bei einem großen Theile der deutschen Sozialdemokratie (keineswegs nur der Lassalleaner) verfolgen läßt, und die manchmal seltsam mit dem politischen Radikalismus

Im Zentrum der reformistischen (zunächst vor allem kathedersozialistischen) Konzeptionen des Übergangs zum Staatssozialismus standen daher auch die Aktiengesellschaften. Marx hatte sie, wie wir oben gesehen haben, ausdrücklich *neben* die Kooperativunternehmungen gestellt, als Formen, die „ebenso sehr wie die Kooperativfabriken als Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte zu betrachten“ seien. Damit hat er gewissermaßen der subjektiv-evolutionistischen Strategie der Kooperativfabriken eine objektiv-evolutionistische zur Seite gestellt, der intentional systemsprengenden „Übergangsform“ eine objektiv systemsprengende („systemfremde“) Form. Als besondere Wirkungen, die aus der Bildung der Aktiengesellschaften resultieren, werden von Marx genannt:

- (1.) „Ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und Unternehmungen, die für Einzelkapitale unmöglich waren. Solche Unternehmungen zugleich, die früher Regierungsunternehmungen waren, werden gesellschaftliche.“
- (2.) „In den Aktiengesellschaften ist die Funktion getrennt vom Kapitaleigentum, also auch die Arbeit gänzlich getrennt vom Eigentum an den Produktionsmitteln und an der Mehrarbeit.“
- (3.) „... Zentralisation der Kapitale und daher Expropriation auf der enormsten Stufenleiter.“ (24)

Nur beiläufig bemerkt Marx „noch dies ökonomische Wichtige“, daß bei den Aktiengesellschaften, weil der

„... Profit hier rein die Form des Zinses annimmt, (...) solche Unternehmungen noch möglich (sind), wenn sie bloß Zins abwerfen, und es ist dies einer der Gründe, die das Fallen der allgemeinen Profitrate aufhalten, indem diese Unternehmungen, wo das konstante Kapital in so ungeheurem Verhältnis zum variablen steht, *nicht notwendig* in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate eingeht.“ (25)

Diese Selbstbescheidung der Aktiengesellschaften würde aber gerade ihrem Charakter als objektiv systemsprengender Form widersprechen, die ja gerade auf der Beschleunigung beruht, welche der Prozeß der Ausdehnung der Produktivkräfte, der Trennung von Kapitalfunktion und -eigentum und der Expropriation der Kapitale untereinander bewirkt. Die Aktiengesellschaften können daher nicht per se als Entwertungsförm des Kapitals begriffen werden, sie üben ihre Funktion als dem tendenziellen Profitratenfall entgegenwirkender Faktor „nicht notwendig“ aus.

Daß sie es der Möglichkeit nach tun, eröffnet jedoch Spielräume für gesamtwirtschaftliche Strategien, den Problemdruck aufgrund des Profitratenfalls auf einen Sektor einzuschränken bzw. abzuwälzen. Derartige Überlegungen kamen in Deutschland auf im Zusammenhang mit Untersuchungen, die über die „Bewährung der Aktiengesellschaften“ als Organisationsform der Produktion geführt wurden (26).

der Partei kontrastierte, war in hohem Grade den trüben Erfahrungen geschuldet, die man mit den Genossenschaften gemacht hatte, Bankerotte selbsthilflerischer Genossenschaften wurden jetzt nur noch mit Triumph zur Kenntnis genommen.“ (E. Bernstein, Die Voraussetzungen ..., a.a.O., S. 96

24 K. Marx, Das Kapital, Bd. 3, S. 452

25 A.a.O., S. 453; meine Hervorhebung.

26 Vgl. insbesondere: R. van der Borgh, Statistische Studien über die Bewährung der Aktiengesellschaften, Jena 1883; sowie: F. Kleinwächter, Wesen, Bedeutung, Geschichte,

Diese Diskussion wurde in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in Deutschland geführt und sie mündete ein in die Strategien zum Staats- und Gemein-desozialismus, die seit der Jahrhundertwende (und insbesondere zu Beginn der Weimarer Republik) immer stärker praktische Wirkung erhielt. Die Bewährung der Aktiengesellschaften wurde, um auf die deutschen Verhältnisse nach 1870, d. h. nach dem Zeitpunkt ihrer staatlichen „Zulassung“ als allgemeine Rechtsform kapitalistischer Unternehmungen, zurückzukommen, an ihrer Fähigkeit gemessen, den scharfen Konjunkturrückgang 1873 und die folgende Depression als Einzelkapitale zu überstehen. Die Unterscheidung in für die Eignung von Aktiengesellschaften „umstrittene“ und „unumstrittene“ Gebiete (Oechelhäuser, Schäffle, van der Borcht u.a.) zeigt sehr deutlich die zeitgenössische Vorstellung von dem „eigentlich“ kapitalistischen Zusammenhang von Produktion und Markt und von einem durch die Aktiengesellschaften im unumstrittenen Gebiete repräsentierten „neuen“ Regulierungsprinzip. Als wesentlichem Mangel wird den Aktiengesellschaften hier neben den Gefahren, die aus den erhöhten Spekulationsmöglichkeiten und der Anonymität der Führung resultieren, die *Schwerfälligkeit* in der „Ausnutzung der Konjunkturen“ attestiert, während es die Stärke der Privatunternehmung (also der Personalgesellschaften), sei, „allen Konjunkturen nachzugehen“ (27).

Dagegen eigneten sie sich für alle Gebiete, die „keinem starken Conjunctionenwechsel unterliegen“, sondern in denen die Nachfrage stetig sei und in denen kein Erfordernis bestehe, „das Unternehmungsgebiet schnell zu ändern“ (28); Gebiete also, in denen das Betriebskapital „vorwiegend fix“ und die „Abnützung einfach wieder zu ersetzen ist“.

Van der Borchts Resultat im Hinblick auf einzelne Produktionszweige ist dies:

„Hiernach würden sich als berechtigte Gebiete der Actiengesellschaften (neben den ohnehin „unbestrittenen“ Gebieten des Bank-, Versicherungs- und Eisenbahnwesens – U. J.) nur folgende ergeben: Gas- und Verkehrsanstalten, Bergwerke, zur Zeit noch Gummi- und allenfalls Textilindustrie. Das sind zugleich diejenigen, bei denen die Betriebskosten (also die Material- und Lohnkosten u.ä. – im Gegensatz zu den fixen Kosten der bloßen Betriebsbereitschaft – U. J.) nicht übermäßig ins Gewicht fielen ...“ (29)

In der „Berechtigung“ von Aktiengesellschaften drückt sich für diese Autoren daher bereits das Aufkommen eines neuen Regulierungsprinzips an, das für die Großbetriebe Formen der genossenschaftlichen, gemeinnützigen Wirtschaft in Kraft setzt. Die Aktiengesellschaften erscheinen als Träger allgemeiner Interessen und als unmittelbare Vorform der „Äquivalent“ zur staatlichen Regelung:

„Auf allen Gebieten daher, die dem Conjunctionenwechsel ausgesetzt sind, ist die Actiengesellschaft schwächer als der Privatbetrieb, und gerade die Gebiete, auf denen Actiengesellschaft und Privatunternehmen concurrirren können, sind derartig, daß auch der geringste Umschlag der Conjunction sich bei ihnen deutlich zeigt. Hier haben also die Actiengesellschaften wenig Aus-

Gesetzgebung, Reform und Anwendbarkeit der Actiengesellschaften, in: Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, Bd. I, S. 190 - 209, S. 213 - 214, Tübingen 1882.

27 Van der Borcht, a.a.O., S. 16

28 A.a.O., S. 21 und 16

29 A.a.O., S. 210

sicht auf Erfolg. Andererseits aber giebt es Gebiete, welche den Privaten verschlossen sind, die man in gewissem Sinne als ‚gemeinnützige‘ bezeichnen kann, auf denen große Kapitalassoziationen notwendig sind, auf denen aber auch eine größere Gleichmäßigkeit des Geschäftsbetriebes herrscht, weil sie eben andauernden mächtigen Bedürfnissen der Volkswirtschaft Befriedigung verschaffen wollen. Das ist die eigentliche Domäne der Actiengesellschaften, auf denen sie ihrem eigenen Vorteil und dem Nutzen der Gesamtheit in schöner Harmonie dienen können.“ (30)

So bezeichnet van der Borgh aufgrund seiner Resultate die *Gasgesellschaften* als „das Paradigma für die vernünftige Anwendung der Form der Actiengesellschaft“ (31), die daher ihre Übernahme in die Form der kommunalen, öffentlichen Unternehmung geradezu erübrige.

Es ist wahrscheinlich, daß Marx diese Entwicklungsperspektive bestimmter Produktionszweige bzw. Unternehmungen bei seiner Konzeption der Aktienunternehmung als Kapitalentwertungsform (d. h. als Kapital, das sich auch tendenziell nicht mehr wieder gesellschaftliche Durchschnitt der Kapitale rentiert) vor Augen gehabt hat. Mit der breit einsetzenden Kommunalisierungsbewegung von Gas-, Elektrizitäts-, Verkehrsbetrieben usw. hat diese Entwertungsform tatsächlich eine erhebliche Relevanz gewonnen. Allerdings erklärt sich der Umstand, daß die *Möglichkeit* der Aktienunternehmungen, nicht an dem Ausgleichungsmechanismus zur allgemeinen Durchschnittsprofitrate teilzuhaben, *auch zur Notwendigkeit wird*, nicht aus der Form der Aktienunternehmung selbst; bezeichnenderweise war es gerade die Sozialdemokratie, die diese Funktion in Teilbereichen durchsetzte.

3. Die handlungsorientierte Reflexion des Profitratengesetzes in der empirischen Wirtschaftsforschung.

Ziel der Darstellung bis hier war es, den engen Zusammenhang zwischen der Problemdiagnose zum tendenziellen Fall und den Vorstellungen gradueller Aussteuerung einzelner Kapitale aus dem interdependenten System der Kapitale, über die sich der tendenzielle Fall der Profitrate vermittelt, in der Zeit zu zeigen, in der Marx das Gesetz formuliert hat. In dem nun folgenden Teil will ich auf die Ansätze der neueren Wirtschaftsforschung eingehen, die die Gültigkeit des Gesetzes anerkennen und bestätigen und zugleich versuchen, es zum Ausgangspunkt von dynamisch-kapitalistischen Anpassungsstrategien werden zu lassen.

Das Problem eines langfristigen Falls der Profitrate ist einer der ersten Untersuchungsgegenstände der sich als Forschungsdisziplin in den 20er Jahren herausbildenden empirischen Wirtschaftsforschung. Diese ist vor allem von dem National Bureau of Economic Research (NBER) in den USA vorangetrieben worden.

Die Fragestellungen dieser empirischen Wirtschaftsforschung ergaben sich insbesondere aus der Beobachtung, daß die Umstrukturierung in den Organisationsformen des ökonomischen Prozesses (Kartelle, Trusts), von denen man sich um die Jahrhundertwende noch eine Aufhebung der Produktionsanarchie erhofft hatte,

30 A.a.O., S. 22

31 A.a.O., S. 214

keineswegs den krisenhaften Verlauf der Entwicklung grundlegend veränderte, und zweitens aus der Beobachtung, daß die „klassischen“ Kapitalanlagesphären und Träger der industriellen Entwicklung (Bergbau, Textilindustrie, Eisenbahnen) ihre Bedeutung zunehmend verloren.

Die detaillierten Untersuchungen, welche vom NBER bzw. in dessen Umkreis und unter seiner Förderung über langfristige Entwicklungen in unterschiedlichen Produktionszweigen und Produktlinien angefertigt wurden (insbes. S. Fabricant und S. Kuznet) (32) haben die Bedeutung der *Industriestruktur*, der qualitativen Differenzierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung für die Wachstumsraten der nationalen Produktion und die zyklischen Ausprägungen nachgewiesen und bewußt gemacht.

So stellt Kuznets in seiner Untersuchung „*Secular Movements in Production and Prices*“ fest:

„As we observe various industries within a given national economy, we see that the lead in the development shifts from one branch to another. *A rapidly developing industry does not retain its vigorous growth forever but slackens and is overtaken by others whose period of rapid development is beginning.* Within one country we can observe a succession of different branches of activity in the vanguard of the country's economic development, and within each industry we can notice a conspicuous slackening in the rate of increase.“ (33)

Auf Basis dieser Beobachtungen entwickelt Kuznets ein entwicklungstheoretisches Konzept, das später als *product-life-cycle* bezeichnet wurde und das konstitutive Bedeutung für die neueren bürgerlichen Theorien des Wachstums, des technischen Fortschritts sowie der nationalen und internationalen Produktionsstruktur gewinnt. Wichtiger noch: auf Basis dieses Konzepts läßt sich das in der Profitratendiskussion bisher in der Abstraktion des „letztlich“ verbleibende Problem der Durchsetzungsformen eines tendenziellen Falls der Profitrate als langfristigem, zyklusüberspannendem Entwicklungsgesetz im Kapitalismus *nunmehr anhand der konkreten historischen Entwicklung untersuchen*. Indem gezeigt wird, daß die Frage der Durchsetzungs- und Vermittlungsformen des Gesetzes primär auf der Ebene der einzelnen Produktionszweige zu untersuchen ist und untersucht werden kann, wird die Möglichkeit für gesamtwirtschaftliche Schlußfolgerungen zunächst sehr eingeschränkt. Inwieweit der Problemdruck einzelner Produktionszweige auf die Gesamtwirtschaft übertragen wird bzw. inwieweit eine Abkoppelung und Abkapselung dieser problematischen Zweige von der Gesamtwirtschaft erfolgt und über welche Vermittlungsformen das eine oder das andere geschieht, dies sind Fragen, die mit der Bestätigung der allgemeinen Gültigkeit des Gesetzes noch offenbleiben und nur durch historische Analysen beantwortet werden können. Der folgende kurze Abriss der Theorie des Produktzyklus beschränkt sich auf die allgemeinen Geltungsmomente des Gesetzes auf der Ebene einzelner Produktionszweige bzw. Produktlinien.

32 S. Fabricant, *The Output of Manufacturing Industries 1899 - 1933*. National Bureau of Economic Research, New York 1940; S. Kuznets, *Secular Movements in Production and Prices*, Boston/New York 1930

33 S. Kuznets, a.a.O., S. 254

Die Entwicklungsgeschichte von Produkten, Produktgruppen, Industriezweigen läßt sich demzufolge in vier Phasen einteilen (34): die Einführungsphase (I), die Expansionsphase (II), die Sättigungsphase (III) und die Stagnations- und Schrumpfungsphase (IV).

(I) Die Einführungsphase ist die Phase der Marktentwicklung für ein spezifisches Produkt, dessen Produktion sich erst als besonderer Zweig der *gesellschaftlichen* Produktion etablieren muß. Die gesellschaftliche Notwendigkeit dieser spezifischen Produktion muß sich erst erweisen, es muß – in der Marketinglogik – erst eine Nachfrage geschaffen werden.

„Wird ein Produkt neu eingeführt, so tut sich hinsichtlich der Nachfrage ein Neuland auf, das zunächst weitgehend offen und unerschöpflich erscheint. Es gibt allerdings auch hier eine Sättigung, die aber zu Beginn der Nachfragekreation noch weit außerhalb der Reichweite liegt; gilt es doch zunächst, überhaupt erst die Nachfrage ins Leben zu rufen, die in den späteren Marktphasen wirksam ist. Hieraus ist ersichtlich, daß die Erfassung dieser Nachfrageschichten noch nicht dem Gesetz abnehmender Grenzträge bzw. steigender Grenzkosten unterworfen ist, wie es bei einer weitgehenden Sättigung des Marktes in der Ausreifungs- und Stagnationsphase der Fall ist.“ (35)

Die Einführungsphase zeichnet sich nicht nur durch die Probleme aus, Nachfrage zu „produzieren“, also die Proklamation der gesellschaftlichen Notwendigkeit durch besondere Agenten der Werbeabteilungen und -institute besorgen zu lassen; noch mehr zeichnet sie sich durch die hohen Produktkosten und die häufigen Fehlschläge aus. Das Problem besteht nämlich darin, daß die Feststellung eines Produkt-Lebenszyklus nur ex post erfolgen kann und viele Produkte ihre Einführungsphase gar nicht „überleben“. Ein weiteres wesentliches Charakteristikum dieser Phase besteht in der vorherrschenden Arbeitsweise. Hier überwiegen nämlich noch die „allgemeinen Arbeiten“ der Erforschung, des Experiments; die Arbeit ist hier dem Kapital zum großen Teil erst formell subsumiert und der Anteil der lebendigen Arbeit gegenüber der vergegenständlichten ist hoch.

(II) Die Expansionsphase stellt gegenüber der Einführungsphase das „take off“-Stadium dar. Die Anerkennung als gesellschaftlich notwendige Arbeit erfolgt, ohne daß diese bereits in dem quantitativ erforderlichen Ausmaß organisiert ist.

„So bedarf es einer gewissen Erfahrungsdichte, bis das Produkt beginnt, sich von selbst herumszusprechen. Ist dieses Stadium erreicht, so ist das Produkt nicht nur für die Abnehmer reif, die stets für Neuerungen aufgeschlossen sind, sondern auch für die breite Nachfrageschicht, die erst dann bereit ist, das Produkt zu akzeptieren, nachdem es andere ausprobiert haben und es sich bei diesen bewährt hat. In diesem Falle ergibt sich ein völlig anderes Klima der Nachfragegewinn-

34 Vgl. zum Folgenden vor allem E. Heuss, *Allgemeine Markttheorie*, Tübingen/Zürich 1965. Die Management-Literatur zum Produktzyklus befindet sich noch immer in der Phase progressiven Wachstums; ein früher, Leitmotiv setzender Beitrag ist der von T. Levitt, „Exploit the Product Life-Cycle“, in: *Harvard Business Review* Nr. 6 (1965), neu erschienen in: R. J. Lawrence, M. J. Thomas, Eds., *Modern Marketing Management*, Harmondsworth 1971, S. 172 ff. Vgl. für einen Überblick: J. Bidlingmaier, *Marketing*, Bd. 2, Reinbek bei Hamburg 1973

35 E. Heuss, a.a.O., S. 31

nung, indem fast von einer Umkehrung der Lage gesprochen werden kann, wenn nunmehr Interessenten den Produzenten aufsuchen und sich von ihm über das neue Produkt oder das neue Verfahren informieren lassen. Damit tritt die Nachfragekrierung in eine neue Phase, die am besten als Selbstentzündung der Nachfrage bezeichnet werden kann.“ (36)

Diese auf den Konsumenten zugeschnittene Darstellungsweise verliert ihren subjektivistischen Charakter (das Produkt wird „akzeptiert“), wenn man berücksichtigt, daß die Mehrzahl der Produkte in den produktiven Konsum eingehen und daß das Angebot eines „neuen Produkts“ die Produktionsbedingungen in anderen „Sphären“ wesentlich verändern kann, so daß dessen Kauf eine Frage der internen Konkurrenz darstellt und nicht eine des subjektiven Bedürfnisses.

Die Expansionsphase eines Produkts tritt dann ein, wenn es die Produktionsweise in *anderen* Produktionszweigen revolutioniert. Die Konkurrenz innerhalb dieser anderen Zweige erzwingt die Übernahme des neuen Produkts bzw. Verfahrens durch die Konkurrenten. In dieser Phase tritt die *Konkurrenz* als äußere Zwangsgewalt im Sinne der Marx'schen Bestimmungen der Konkurrenz als Vermittlungsprozeß für das Wertgesetz (37) überhaupt erst in Funktion, und diese Funktion besteht in der Ausgleichung und Verallgemeinerung der Bedingungen, die für einzelne Kapitale eine höhere Verwertung ermöglichen, d. h. hier der Verallgemeinerung des neuen Produkts bzw. Verfahrens im Rahmen eines Produktionszweiges.

Die erste Form, in der „das einzelne Kapital in die Bedingungen des Kapitals überhaupt gestellt“ wird, ist, wie wir gesehen haben, die Konkurrenz innerhalb eines Produktionszweiges bzw. innerhalb einer „Sphäre“. Denn:

„Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich (...) einen größern Teil des Arbeitstages für die Mehrarbeit an, als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft. (...) Dasselbe Gesetz der Wertbestimmung durch die Arbeitszeit, das dem Kapitalisten mit der neuen Methode *in der Form fühlbar wird*, daß er seine Ware unter ihrem gesellschaftlichen Wert verkaufen muß (der erste analytische Schritt ist, daß dem Kapitalisten „*fühlbar wird*“, daß er unter Wert verkaufen *kann*; inwiefern er es aufgrund der besonderen Produktionsbedingungen, z. B. bei Kostendegression u. ä. auch *muß*, ist ein zweiter, hier noch nicht weiter reflektierter Schritt – U. J.), treibt seine Mitbewerber unter dem Zwang der Konkurrenz zur Einführung der neuen Produktionsweise.“ (38)

36 E. Heuss, a.a.O., S. 37

37 An dieser Stelle setzen auch erst die Kategorien der Marx'schen Konkurrenzanalyse ein: „In der Konkurrenz ist das Grundgesetz, das entwickelt wird im Unterschied zu dem über den Wert und Surpluswert aufgestellten, daß er bestimmt ist nicht durch die in ihm enthaltene Arbeit, oder die Arbeitszeit, worin er produziert ist, sondern die Arbeitszeit, worin er produziert werden kann, oder die zur Reproduktion notwendige Arbeitszeit. Dadurch wird das einzelne Kapital realiter erst in die Bedingungen des Kapitals überhaupt gestellt, obgleich es den Schein hat, als ob das ursprüngliche Gesetz umgeworfen. Die notwendige Arbeitszeit als durch die Bewegung des Kapitals selbst bestimmt, ist aber so erst gesetzt. *Dies ist das Grundgesetz der Konkurrenz.*“

38 K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, a.a.O., S. 337 f.; meine Hervorhebungen. Vgl. für diesen Sachverhalt auch die folgende Aussage, die sich auf die Anfänge dieses Prozesses in einzelnen, vormals handwerklich betriebenen Produktionszweigen bezieht (a.a.O., S. 474): „Solange sich der Maschinenbetrieb in einem Produktionszweig auf Kosten des überlieferten Handwerks oder der Manufaktur ausdehnt, sind seine Erfolge so sicher, wie etwa der Erfolg einer mit dem Zündnadelgewehr bewaffneten Armee gegen eine Armee von Bogenschützen wäre.“

Die Expansionsphase ist auch die Zeit der Rationalisierungen und der Kostenreduktionen. Die Ausdehnung der Produktion geht einher mit einer Ausdehnung der Märkte und der Nachfrage.

„Es versteht sich von selbst“, so wieder E. Heuss, „daß in engem Zusammenhang mit diesen Kostenreduktionen die Preisentwicklung steht. So kann die Expansionsphase auch als Phase der großen Preisreduktionen bezeichnet werden, für welche die massiven Preisabschläge ebenso charakteristisch sind wie die stürmische Produktionsausweitung. (...) So schaffen derartige Preisenkungen überhaupt erst die Voraussetzungen für einen Massenkonsum und damit für eine Expansion, die nicht sogleich an die Marktgrenzen stößt.“ (39)

Die Arbeitsweise beginnt sich in der Expansionsphase zu verändern. An die Stelle der „allgemeinen Arbeit“ tritt zunehmend die Serien- und Massenfabrikation. Die Arbeit wird dem Kapital nun „reell subsumiert“ (40), ihre Inhalte und Formen sind dem Arbeiter *vorgegeben* und werden ihm gegenüber zumeist auch objektiv durch den Maschinentakt durchgesetzt.

Die Konkurrenz innerhalb der Produktionssphäre beginnt sich zu entfalten. Noch ist es so, als habe die Sphäre insgesamt ein Monopol gegen die Gesellschaft geltend zu machen. Die Erschließung neuerer Märkte bildet noch einen der unternehmerischen „Aktionsparameter“ (41). Auch die Kosten stellen angesichts noch nicht ausgereifterer Produktionsverfahren noch einen unternehmerischen Aktionsparameter dar.

„Im Gegensatz zu den späteren Marktphasen, in denen die Kosten und damit die Kostenunterschiede mehr oder weniger gegeben sind, befindet sich in der Expansionsphase alles noch im Fluß.“ (42)

Sowohl bei der Nachfrage wie bei den Kosten und der Produktqualität sind weite „Spielräume“ gegeben, Spielräume, versteht sich, für die Erzielung von Extraprofiten. Noch immer aber ist die wesentliche Basis die der Verlagerung des gesellschaftlichen Bedarfs hin auf diese spezifische Arbeit. Es besteht noch immer eine erhebliche „Elastizität“ (43), sowohl in bezug auf die Nachfrage- als auch auf die Produktivitätssteigerung.

Die Existenz solcher Spielräume und Aktionsmöglichkeiten bedeutet, daß auch zwischen den großen Kapitalen eine intensive Konkurrenz zu finden ist.

„So liefern sich die Oligopolisten in der laufenden Verbesserung ihrer Produktionsverfahren gegenseitig einen Kostenwettbewerb, der sich in einem entsprechenden Preissenkungswettbewerb niederschlägt. Die Tatsache, daß die Kosten für die Unternehmer Aktionsparameter darstellen und noch nicht zum Datum geworden sind, gibt den Spielraum für eine Preiskonkurrenz unter Oligopolisten.“ (44) Die Expansionsphase kann daher „keineswegs mit einer Politik von ‚leben und

39 E. Heuss, a.a.O., S. 45

40 Vgl. zu den Kategorien der formellen bzw. reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital: K. Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Das Kapital, I. Buch, Der Produktionsprozeß des Kapitals. VI Kapitel = Archiv sozialistischer Literatur 17. Frankfurt/M. 1969

41 E. Heuss, a.a.O., S. 58

42 A.a.O., S. 59

43 Vgl. dazu auch K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, a.a.O., S. 474

44 E. Heuss, a.a.O., S. 59

leben lassen' gleichgesetzt werden. Dagegen spricht schon allein die hohe Ausscheidungsquote von Unternehmungen in dieser Phase.“ (45)

Dieser Prozeß der Ausscheidung von Unternehmungen führt daher zu einer Marktstruktur, die zunehmend oligopolistischen Charakter besitzt.

(III) In der Ausreifungsphase schwinden die „Auftriebsmomente“ der vorigen Phase zunehmend. Die Preise verlieren ihren Charakter als Aktionsparameter aufgrund sinkender Preiselastizitäten; Preissenkungen lassen also immer geringer werdende Steigerungen der Absatzmengen erwarten. Auch in der Produktion finden keine wesentlichen Umwälzungen mehr statt, die „Spielräume“ zur Erzielung von Extramehrwert durch neue Verfahren schrumpfen. Sowohl vom Markt als auch von der Produktion sind dem Unternehmer Daten gesetzt; auch seine Möglichkeiten, Produktverbesserungen zu erzielen, werden immer geringer, da sie zunehmend marginal und unwesentlich werden. Allenfalls durch intensive Werbungsversuche wird es ihm gelingen, seine spezifische Produktvariante zu „besondern“ und ihr ein temporär größeres Marktsegment zu sichern; dies aber nunmehr auf Kosten seiner Konkurrenten innerhalb der Sphäre. Die Märkte sind gesättigt; wir sehen

„... daß sich in der Ausreifungsphase eine Marktstruktur herauschält, die weitgehend mit derjenigen übereinstimmt, wie sie allgemein in der nationalökonomischen Literatur unterstellt wird. So sind Angebot, Nachfrage und auch das Produkt zu mehr oder weniger gegebenen Größen geworden, die den Produzenten nur noch einen sehr beschränkten *Spielraum für eine Eigengestaltung* offenlassen. Wie sich in einem solchen Rahmen die Marktprozesse vollziehen, braucht im Detail nicht ausgeführt zu werden, gehört dies doch zum Standardwissen der ökonomischen Theorie.“ (46)

Die Akkumulation von Kapital ist unter diesen Bedingungen bereits *kurzfristig* mit einem Profitratenfall verbunden, während er bis zu dieser Phase, wie wir gesehen haben, sich über viele Vermittlungsformen durchsetzte und daher langfristigen Charakter besaß. Für diese (und die folgende) Phase gilt daher offensichtlich der von Marx beschriebene *unmittelbare* Zusammenhang zwischen Akkumulation, Profitratenfall und Konkurrenz:

„... der mit der Akkumulation verbundene Fall der Profitrate (bringt) notwendig einen Konkurrenzkampf hervor. Die Kompensation des Falls der Profitrate durch die steigende Masse des Profits gilt nur für das Gesamtkapital der Gesellschaft und für die großen, fertig eingerichteten Kapitalisten. Das neue, selbständig fungierende Zusatzkapital findet keine solche Ersatzbedingungen vor, es muß sie sich erst erringen, und so ruft der Fall der Profitrate den Konkurrenzkampf unter den Kapitalisten hervor, nicht umgekehrt.“ (47)

45 A. a. O., S. 60

46 E. Heuss, a. a. O., S. 64, Hervorhebungen von mir.

47 K. Marx, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 266. Obgleich die Vorstellung einer „Kompensation“ der (schon) sinkenden *Rate* des Profits durch die (noch) steigende *Masse* in der neueren Diskussion häufig aufgegriffen wird (vgl. W. Semmler, J. Hoffmann, „Kapitalakkumulation, Staatseingriffe und Lohnbewegung“, in: Probleme des Klassenkampfes Heft 2 (1972), S. 1 ff.), ist über die exakte Bedeutung bisher noch nicht reflektiert worden. Wie diese Kompensation *zur gleichen Zeit* für das Gesamtkapital und für einen Teil des Gesamtkapitals gelten kann, ist mir unklar. Die Überlegung, die Marx auf S. 261, a. a. O. als, wie mir scheint, einzige Erklärung für den Kompensationsbegriff in diesem Zu-

Weil dieser Zusammenhang aber auch für die handelnden Kapitale unmittelbar einsichtig ist, folgert die neue Markt- bzw. Wettbewerbstheorie (48) genau das Gegenteil einer Verschärfung der Konkurrenz:

„Es überrascht (...) nicht, daß im Gegensatz zur Expansionsphase ein Oligopolist in der Ausreifungsphase kaum noch vom Markt eliminiert wird. So kann gesagt werden, daß einem Oligopolisten, der die konkurrenzintensive Zeit der Expansionsphase überstanden hat, in der Ausreifungsphase nicht mehr viel zustoßen kann, zumindest nicht hinsichtlich der Preiskonkurrenz. In der gesunkenen Preiselastizität der Nachfrage hat der Oligopolist mit den höheren Kosten gleichsam einen Schutzwall gefunden, den zu durchstoßen der Oligopolist mit den niedrigsten Kosten kein Interesse hat. Betrachtet man diesen Sachverhalt unter dem Gesichtspunkt der Konzentration, so wirkt sich die Abnahme der Preiselastizität gleichsam wie eine Barriere gegen einen weiteren Konzentrationsprozeß aus. Hieraus dürfte sich vor allem erklären, warum man im Wirtschaftsleben zwar häufig Oligopol-, aber kaum eigentliche Monopolmärkte vorfindet. Allerdings kommen diese Oligopolmärkte dem Monopol sehr nahe, da ihnen das Konkurrenzelement, das sie vom Monopol unterscheidet, weitgehend verloren gegangen ist.“ (49)

Die Theorie vergißt allerdings dabei, daß die Einsicht in die Dysfunktionalität der Konkurrenz nicht der Notwendigkeit der Akkumulation enthebt. Der Produktionszweig wird also Produzent von Zusatzkapital, das in anderen „Sphären“ Anlage sucht; in zunehmendem Maße wird die Möglichkeit des Ausweichens oder die Notwendigkeit der Entwertung zur charakteristischen Perspektive der Kapitalentwicklung in diesem Zweig.

(IV) Die Stagnations- und Rückbildungsphase stellt das Spiegelbild der Expansionsphase dar; nur daß es nun der inzwischen fest etablierte Zweig gesellschaftlicher Arbeit ist, auf dessen Kosten – auch im ökonomischen Wortsinne – sich ein neuer Zweig herauszubilden beginnt. Die Marktentwicklung des Zweiges bleibt hinter der allgemeinen zurück. Dies hat die scheinbar paradoxe Folge, „daß der bis in die Ausreifungsphase reichende Preissenkungsprozeß in der Stagnationsphase umgekehrt wird, indem auf der Nachfrage- wie auf der Angebotsseite Preisaufrichtsmomente wirksam werden.“ (50) Dies gilt sowohl für eine Zunahme der Nachfrage, welche durch allgemeine Steigerung des (pro Kopf-)Einkommens bewirkt ist, als auch vor allem durch den folgenden Faktor:

„Hinkt (...) ein Wirtschaftszweig in seiner Produktivitätsentwicklung hinter der allgemeinen zurück, so ist er nicht mehr in der Lage, das aus der höheren Produktivität resultierende Steigen

sammenhang gibt, daß nämlich „jenseits gewisser Grenzen großes Kapital mit kleiner Profitrate rascher akkumuliert als kleines mit großer“, mit der (von mir extrapolierten) Folgerung, daß mithin die Größeren auch ihre relative Konkurrenzposition selbst in dieser Situation des gesamtwirtschaftlichen Profitratenfalls noch verbessern können, kann zwar eine Erklärung für die Kompensation im Hinblick auf die großen Kapitale, nicht aber *zugleich* im Hinblick auf das Gesamtkapital sein.

48 Der Zusammenhang zwischen Veränderungen in der Wettbewerbsintensität und der Marktstruktur, insbesondere das unterschiedliche Wettbewerbsverhalten der Oligopole, ist ein zentrales Problem der „neuen Wettbewerbstheorie“, für die das oben beschriebene Phasenmodell konstitutive Bedeutung hat. Vgl. grundlegend: E. Kantzenbach, Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen 1966

49 E. Heuss, a.a.O., S. 66

50 A.a.O., S. 87

des volkswirtschaftlichen Lohnniveaus aufzufangen. Folglich werden sich seine Arbeits- und damit seine Produktionskosten pro Produkteinheit erhöhen.“ (51)

Die Stagnation bzw. Rückbildung wird von Heuss allgemein darauf zurückgeführt, „daß die Außenwelt auf die Marktstruktur einwirkt und die Marktvorgänge nachhaltig beeinflusst. Je nachdem von welcher Intensität diese Ausstrahlungen sind, führen sie den Markt in die Stagnations- oder in die Rückbildungsphase.“ (52)

„Bei der Rückbildungsphase eines Marktes spricht man häufig von einem Schicksal, dem man so wenig wie dem Tode entrinnen könne.“ (53)

Das Konzept des langfristigen Produkt-Zyklus hat außer für die moderne Wettbewerbstheorie und für zahlreiche Managementtheorien bisher vor allem für die Theorie der internationalen Produktionsstruktur und der Strukturpolitik einen zentralen Stellenwert gewonnen; es ist „handlungsrelevant“ auf der Ebene des einzelnen und des Gesamtkapitals geworden (54).

Wir haben gesehen, daß die Gesetzmäßigkeit, die diesem Konzept zugrundeliegt, für unausweichlich gehalten wird bzw. auf welcher Ebene die „Unausweichlichkeit“ analytisch und praktisch anzusiedeln ist. Die These, daß in diesem Konzept das Problem des Profitratenfalls handlungstheoretisch reflektiert wird, soll nun allerdings nicht bedeuten, daß durch dieses Konzept die realen Probleme des Profitratenfalls aufhebbar gemacht worden sind. Zum einen blieb die Darstellung hier strikt auf den langfristigen Trend beschränkt und es wurde nicht untersucht, wie sich dessen Gesetzmäßigkeiten mit anderen Faktoren in den *Konjunkturzyklen* kumulieren; zum anderen wurde lediglich der Prozeß des Profitratenfalls in *einer* Produktionsphäre beschrieben.

4. Implikationen einer aktiven Anpassungspolitik an die Wirkungen des Profitratengesetzes

Es geht mir bei dem Hinweis auf die Theorie des Produktzyklus als einer Form der Reflexion des Gesetzes der fallenden Tendenz der Profitrate also nicht darum, daß

51 A.a.O.

52 A.a.O., S. 85

53 A.a.O., S. 89

54 Vgl. exemplarisch für die *Managementtheorie*: W. Pfeiffer, P. Bischoff, „Produktlebenszyklen als Basis der Unternehmensplanung“, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Jg. 44 (1974), S. 635 ff.; J. Bidlingmaier, Marketing, a.a.O.; für die Theorie der *internationalen Produktionsstruktur*: J. Hirsch, a.a.O.; für die *Strukturpolitik*: V. Hauff, F. W. Scharpf, a.a.O.; für die zentrale Bedeutung, die das Konzept des langfristigen Produktzyklus in dem *Planungssystem der DDR* erhält und damit auch für ein Beispiel der objektiven Wirksamkeit des Gesetzes im Weltmaßstab und damit in den sozialistischen Ländern, vgl. J. Garscha, Zeitfaktor und Produktionsstruktur. Grundfragen und Methoden zur Beachtung des Zeitfaktors bei der Planung, = Planung und Leitung der Volkswirtschaft, H. 35, Berlin/DDR 1969; darin wird übrigens eine bis in Feinheiten der praktischen Folgerungen hinein mit den Vorstellungen von Hauff/Scharpf übereinstimmende Konzeption einer „aktiven Strukturpolitik“ im Hinblick auf die Anpassung der nationalen Produktions-

es nun gelingen könnte, durch gezielte Anpassungsstrategien die Wirkungen des Gesetzes tatsächlich aufzuheben bzw. in den Griff zu bekommen. Inwieweit es überhaupt möglich ist, aus der *allgemeinen* Problemerkennntnis auf der Ebene der Einzelkapitale *konkrete* Problemlösungsstrategien abzuleiten, kann hier auch nicht weiter untersucht werden. Immerhin veranlaßt aber auch schon die Akzeptierung und Antizipation notwendiger Entwicklungsverläufe der Profitproduktion zu Versuchen der Planung und aktiven Anpassung an zukünftige Handlungserfordernisse. Diese Versuche selbst und die durch sie angeleiteten Vorstellungen der Reform- und Handlungsspielräume stellen gegenwärtig relevante Prozesse dar, die realitätsverändernd wirksam sind und im einzelnen näher zu untersuchen wären. Im Rahmen dieses Aufsatzes ist nicht mehr möglich, als die Aufmerksamkeit auf diese Prozesse zu lenken.

Die Frage ist also nicht, ob Planung die zukünftige Entwicklung richtig erfaßt und ihr gerecht wird, sondern welche spezifischen Strukturen geschaffen werden, um den realen Verlauf dem geplanten anzupassen und welche Abwälzungs- und Auffangmöglichkeiten dafür eingerichtet werden können. Dieser Frage wäre etwa auf der Ebene der Einzelkapitale anhand der neueren Tendenz zu untersuchen, Konzernstrukturen wieder zu dezentralisieren und nach ‚profit centers‘ zu organisieren. An dieser Stelle soll allerdings nur auf mögliche Implikationen für die *staatliche Politik* eingegangen werden. Dabei beziehe ich mich auf die vom gegenwärtigen Bundesminister für Forschung und Technologie mitverfaßte Studie zur ‚Modernisierung der Volkswirtschaft‘.

Die Vorschläge, die Volker Hauff und Fritz Scharpf für eine „Strategie des aktiven Strukturwandels“ vorgelegt haben, begründen sich aus dem Versagen der keynesianischen Globalsteuerung der 60er Jahre angesichts der Probleme, mit denen in den 70er und 80er Jahren zu rechnen sei: Tiefgehenden sektoralen und regionalen Stagnationskrisen. Diese Krise biete aber auch die Chance zu einer aktiven Politik der Strukturveränderung. Das Problem, das die Aktivierung des Staates erforderlich macht, ist nach Hauff/Scharpf ein spezifisches Versagen des Marktes:

„Der Markt als ein gegenwartsbezogenes Instrument der Produktionsbestimmung kann sich auf künftige Entwicklungen nur insoweit einstellen, als diese sich bereits in heute absehbarer und kalkulierbarer Nachfrage niederschlagen.“ (55)

Die Präferenz für das Bekannte, das Bestehende, die Unterschätzung des Zukünftigen, des Möglichen, ist das Defizit, das zu kompensieren ist (56). Dabei geht die Konzeption des „aktiven Strukturwandels“ offensichtlich dahin, die ohnehin notwendige Anpassung an zukünftige Entwicklungen der Märkte lediglich *rascher* zu vollziehen. Die aktive Strukturpolitik soll die positive Auslese an Branchen und Unternehmen unterstützen, Schrumpfungsprozessen und negativer Auslese weniger entgegenreten.

struktur an die Weltmarktbedingungen entwickelt (vgl. Hauff/Scharpf, Modernisierung der Volkswirtschaft, Ffm-Köln 1976, S. 117 ff. und Garscha, S. 136 ff.).

55 Hauff/Scharpf, a.a.O., S. 45

56 A.a.O., S. 48

Hier ist es notwendig, die besondere Ausprägung des Keynesianismus, wie sie sich in der Bundesrepublik durchgesetzt hat, zuvor zu charakterisieren, weil diese die Erfahrungen strukturiert hat, von denen ausgehend die Überwindung des Keynesianismus konzipiert wird.

Versucht man den Kerngedanken keynesianischer Politik auf eine knappe Formel zu bringen, so besteht er in der Beeinflussung der *Realisierungsbedingungen* von Warenwerten durch eine *äußere* Instanz, deren Handlungen nicht im Rahmen des ökonomischen Prozesses, aus dem die besonderen Realisierungsbedingungen ja hervorgegangen sind, determiniert sind. Der Keynesianismus setzt also eine von der nationalen Ökonomie abgehobene, autonome Handlungsinstanz voraus. Er setzt weiterhin die Autonomie der Kapitalverwertung als Funktion der privaten Unternehmungen voraus.

Die Bedingungen der Produktion und diejenigen der Distribution werden analytisch getrennt und praktisch unterschiedlichen Handlungsträgern als Kompetenzbereiche zugesprochen; die Produktion als Mikrobereich den Unternehmungen, die Distribution als Makrobereich dem Staat. Die immanente Schranke keynesianischer Politik sind also die Bedingungen der Produktion.

Die keynesianische Zwei-Ebenen-Steuerung bezog sich dabei auf die *gegenwärtigen* Bedingungen von Produktion und Realisierung von Wert; das Modell der aktiven Struktursteuerung dagegen bezieht sich auf die Differenz von gegenwärtiger und *zukünftiger* Produktion.

Betrachten wir nun, welche Gründe für eine Überlegenheit der Staat in der Wahrnehmung zukünftiger Entwicklungen der Produktionsstruktur besitzt.

Die zentrale Bedingung einer aktiven Anpassungspolitik, wie sie von Hauff/Scharpf konzipiert wird, *ist die Kenntnis immanenter Entwicklungsnotwendigkeiten von Produktionsstrukturen*. Diese Kenntnis basiert

1. auf dem Vergleich der strukturellen Veränderungen in der industriellen Entwicklung verschiedener Nationen. Vorausgesetzt ist hier die Hypothese des *einen* notwendigen Entwicklungsganges, wie sie den wirtschaftshistorischen und entwicklungstheoretischen Arbeiten in der Tradition von Rostow zugrundeliegen. Diesem Vergleich zufolge hat die BRD einen „zu hohen“ Anteil der Industrie an der Gesamtbeschäftigung.
2. auf empirischen Analysen der Entwicklung bestimmter Produkte als Träger von Verwertungsprozessen, die auf die Existenz von Produktzyklen im Hinblick auf die Bedingungen von Produktion und Realisierung von Wert schließen lassen. Diese langfristigen Zyklen lassen Angaben über die Entwicklung und Wachstumsmöglichkeiten der Produktion zu. Die Ballung und Parallelisierung der Zyklen von Schlüsselprodukten wird dabei als Erklärung der „langen Wellen“, der sogenannten Kondratieff-Zyklen betrachtet.
3. auf einer Theorie der internationalen Arbeitsteilung, die auf dem Produktionszyklus beruht. Ihr zufolge ist nur ein bestimmter Entwicklungsgrad der Fertigungsverfahren und Produktreife mit den Kostenstrukturen in industriell fortgeschrittenen Nationen vereinbar, darüberhinaus wird die Verlagerung der Produktion in

technologisch weniger entwickelte, aber im Kostenniveau günstiger liegende Länder möglich – und bei entsprechender Schärfe der Konkurrenz auch notwendig. Aus der Kenntnis dieser Gesetzmäßigkeiten, in deren Mittelpunkt das Konzept des Produktzyklus steht, leiten Hauff/Scharpf den Schluß ab, daß sich zwei Dinge zusammen bringen ließen: einerseits die Beibehaltung eines hohen Lohnniveaus und andererseits die Weltmarktoffenheit und Freihandelsorientierung in der BRD.

Bezogen auf die Gewerkschaften heißt dies, die Produktionsstrukturen dem Kostenniveau und nicht umgekehrt das Kostenniveau den Produktionsstrukturen anpassen zu wollen; bezogen auf die Unternehmungen heißt es, die Kapitalexporte beizubehalten und die Exportorientierung zu verschärfen. Die BRD solle von einem „Universalproduzenten“ zu einem „Spezialproduzenten“ werden. Worin soll die Spezialisierung bestehen? Hauff/Scharpf setzen vor allem auf die Investitionsgüterindustrie und hier vor allem auf den Großanlagenbau und die komplementären Dienstleistungen, also jene Bereiche, die offensichtlich am wenigsten von der Krise 1975 erfaßt wurden.

Was von entsprechenden Selektionskriterien anhand von Branchen zu halten ist, zeigt sich aber, sobald Hauff/Scharpf auf „Ausnahmen“ zu sprechen kommen. Hier müssen sie eingestehen:

„Die Entwicklungschancen einer Branche im ganzen sind also nicht notwendigerweise auch ausschlaggebend für das einzelne Unternehmen oder das einzelne Produkt, und im Zuge einer industriellen Spezialisierung werden gerade solche Ausnahmefälle innerhalb stagnationsgefährdeter Branchen eine besondere Bedeutung erlangen.“ (57)

Als Grund für diese Ausnahmeerfolge führen sie an:

„In ihnen manifestiert sich die intensive Marktbeobachtung und der Wille zur Innovation; und die Ergebnisse einer solchen aktiven intelligenten und risikobewußten Suche können auch bei verbesserter Wirtschaftsstatistik und Industriestrukturforschung *kaum durch abstrakte Kriterien einer staatlichen Strukturpolitik vorweggenommen werden.*“ (58)

Die konkreten Kriterien faktischen Wachstumserfolgs bestimmter Unternehmen durchbrechen also die abstrakten, staatlich gesetzten. Hauff/Scharpf folgern daher auch:

„Immerhin könnte eine staatliche Strukturpolitik Vorkehrungen dafür treffen, daß ihre Förderungsmittel nicht in erster Linie den ‚Fußkranken‘, sondern den ‚Schnellläufern‘ der Wirtschaft zugute kommen oder doch zu Arbeitsplätzen *in jenen Unternehmen führen, die sich zutrauen, in Zukunft den Wettbewerb erfolgreich zu bestehen.*“ (59)

Die dominierende Rolle der Unternehmungen in der Wirtschaftsstrukturpolitik darf m. E. nicht auf eine subjektive Präferenz der Autoren zurückgeführt werden; sie stellt *das* zentrale Problem eines fortgeschrittenen Interventionismus dar; das Scheitern des Keynesianismus setzt die Diskussion um intermediäre Gewalten, um Privatisierung staatlicher Tätigkeitsbereiche, um korporative Organisationsprinzipien wieder auf die Tagesordnung, die mit dem Keynesianismus überwunden schienen. Die

57 A.a.O., S. 42

58 A.a.O.; Hervorhebung von mir.

59 A.a.O.; Hervorhebung von mir.

klare Ebenen- und Kompetenztrennung, die im Keynesianismus jedenfalls der Idee nach bestehen konnte und die in Deutschland unter dem Einfluß des Neoliberalismus vergleichsweise „rein“ durchgesetzt wurde, läßt sich also nicht weiter so durchhalten. Es kommt nicht von ungefähr, daß die deutlichsten Beispiele für Privatisierung staatlicher Tätigkeitsbereiche die staatliche Forschungs- und Technologiepolitik ist (60).

Hauff/Scharpf verweisen daher im Zusammenhang mit der Frage nach positiven Steuerungsinstrumenten auf die französische und englische Erfahrung, aus denen neue Instrumente für eine „neue Strukturierung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft“ hervorgegangen seien:

„Für uns sind vor allem die Planvereinbarungen interessant. In ihnen verpflichten sich die beteiligten Unternehmen zur Information, Konsultation und Abstimmung mit der Regierung bei wichtigen unternehmenspolitischen und Investitionsentscheidungen. Die Regierung ihrerseits stellt im Rahmen solcher Vereinbarungen finanzielle Hilfe zur Erreichung der vereinbarten Ziele zur Verfügung.“ (61)

In den „großen und schwierigen Innovationsaufgaben in unserer institutionellen Entscheidungsstruktur“ jedenfalls liegt ein entscheidendes Problem dieser Strukturpolitik:

„Gemeinsame Planungseinrichtungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften über die enge Zielsetzung der konzertierten Aktion hinaus, sind in der Bundesrepublik bisher nicht üblich gewesen, und die dafür erforderlichen Institutionen, Verfahrensweisen und Einstellungen müßten erst neu entwickelt werden.“ (62)

Die traditionellen Verbindungslinien zwischen Staat und Wirtschaft, so wie sie in die Struktur des politischen Systems der BRD fest eingezogen sind, verlaufen über die *Verbände*. Von ihnen aus floß der Fachverstand mit dem entsprechenden Interesse in die staatlichen Entscheidungen ein; hier fand im Wesentlichen der Ausgleich divergierender Wirtschaftsinteressen statt.

Die Strukturpolitik erfordert nun, wie wir gesehen haben, primär die Auslese und Differenzierung zwischen einzelnen Unternehmungen und erst sekundär – unter dem Gesichtspunkt der Konfliktminderung – den des Ausgleichs innerhalb der Branchen. Die Funktion der Vermittlung und der Harmonisierung beider Funktionen, der Auslese und des Konfliktausgleichs, soll nun einem ganz bestimmten Verband übertragen werden: den Gewerkschaften. Für die Seite des industriellen Kapitals sind einzelne Unternehmungen die „Partner der Politik“, die notwendige Ausgleichsfunktion soll dagegen vor allem über die Gewerkschaften laufen; hier ist ihr entscheidender Ort in der „konzertierten Aktion“, wie sich insbesondere an der Rolle zeigen läßt, die der Mitbestimmung zugedacht ist:

60 Vgl. die entsprechenden empirischen Hinweise bei J. Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System. Organisation und Grundlagen administrativer Wissenschafterförderung in der BRD, Ffm 1970

61 Hauff/Scharpf, a.a.O., S. 124

62 F. W. Scharpf, Krisenpolitik, in: P. v. Oertzen u. a. (Hrsg.), Thema: Wirtschaftspolitik, Bonn - Bad Godesberg 1974, S. 24; Hervorhebung von mir.

„ ... gerade der Mitbestimmungskompromiß (könnte) bei uns neue, günstige Voraussetzungen schaffen, – insbesondere dann, wenn durch die Beteiligung von unternehmensfremden Vertretern auf der Arbeitnehmerseite *eine überbetriebliche, zumindest branchenweite Perspektive in die Entscheidungsstruktur des einzelnen Unternehmens* hineingebracht wird.“ (63)

Die Gewerkschaften also als Träger einer überbetrieblichen Perspektive für die Notwendigkeiten von Strukturpolitik – welche Aufgaben sollen sie erfüllen? Die überbetriebliche Perspektive wurde und wird in den Aufsichtsräten seit jeher durch die *Banken* eingebracht, die zudem viel stärker durch die Bonitätsprüfungen in die Planungen der Unternehmungen einbezogen sind. Die Bedeutung der Gewerkschaften würde also vor allem die politische, *legitimatorische Absicherung* für diskriminierende Maßnahmen sein, denn Strukturpolitik kann nur Diskriminierungspolitik sein; eine Absicherung, für die sachliche Legitimation bankmäßiger Auslese nicht hinreicht.

Während die „Planungsstrukturen“ auf diese Weise als enge Planungssymbiosen zwischen Einzelunternehmungen, Staat und Gewerkschaften konzipiert sind, sind die Konsensstrukturen durch weitgehende Institutionalisierung von Interessengegensätzen zu gewährleisten, die „Raum für notwendige Kontroversen und solche Kompromisse (schaffen sollen), die sich unter den verschiedenen Aspekten als tragfähig zu erweisen haben.“ (64) Diese Institutionalisierung, also Verrechtlichung von Interessengegensätzen bezieht sich vor allem auch auf die Organisationen der Betroffenen, auch Bürgerinitiativen; ihre Aufgabe ist es, „die Interessen der Beteiligten und Betroffenen miteinander in Übereinstimmung zu bringen“ (65). Man braucht die Konstruktion des Verhältnisses von Planungs- und Konsensstrukturen nicht groß zu untersuchen, um festzustellen, wie die Gewichte verteilt sind: Wesentlich ist, *daß* die in Aussicht genommene qualitative Wirtschaftslenkung als neue Staatsfunktion Formveränderungen des politischen Systems einschließt, die beim gegenwärtigen Übergang zu nachkeynesianischen Steuerungssystemen erst im Umriß und – wie in der gerade skizzierten Studie von Hauff und Scharpf – erst als programmatische Überlegungen sichtbar werden, aber dennoch stärker in den Vordergrund von Untersuchungen und Diskussionen im Zusammenhang des Profitratengesetzes stehen sollten.

Denn, *daß* ein solcher Zusammenhang von gegenwärtig stattfindenden Formveränderungen im politischen System und dem Profitratengesetz besteht, dies ist – um im Schluß noch einmal den Bogen der Argumentation zu den Ausgangsüberlegungen zu ziehen – die wesentliche These dieses Aufsatzes. Es ist demnach nicht mehr möglich, wie es in der Marx'schen Darstellung des Gesetzes und seiner Wirkungen noch der Fall war, von einer engen Verkoppelung von übergangs- und zusammenbruchstheoretischen Wirkungsmomenten auszugehen. Auch für den Bereich der auf Systemstabilisierung und immanenter Reform ausgerichteten Strategien war die Anpassungsstrategie hier reaktiv und eher auf das graduelle Aussteuern einzelner

63 A.a.O.

64 Hauff/Scharpf, a.a.O., S. 128

65 A.a.O.

Produktionsbereiche aus dem System der über den Profitratenausgleich eng miteinander verbundenen Einzelkapitale gerichtet, also auf einen Endzustand nichtkapitalistischer Organisationsformen der Produktion. Der Wandel, der mit einer prinzipiellen Anerkennung der Wirkungsweise des Profitratengesetzes auf der Ebene einzelner Wirtschaftszweige bzw. Produktlinien eingesetzt hat, betrifft diese reaktive Grundhaltung, die auch der Reformpolitik „letztlich“ eine systemsprengende Qualität verlieh. Eine Strategie der aktiven Anpassung muß die Produktionsbereiche, in denen das Gesetz im Sinne der oben dargestellten Phasen des langfristigen Produktzyklus „gegriffen hat“, nunmehr primär unter dem Gesichtspunkt der Wiedereingliederung und der Vermittlung neuer kapitalistisch verwertbarer Produktionszwecke betrachten. Die Politik, auch die reformorientierte, wird sich verstärkt hinter *einzelne* Unternehmen, Produktionszwecke, Produktlinien stellen müssen und damit Gesichtspunkte der Vewertbarkeit gegenüber denen der Brauchbarkeit in den Vordergrund stellen müssen (66).

Es ist nicht möglich, die spezifischen Spielräume, Konflikte und Widersprüche einer solchen Politik hier auszuloten, aber es ist eine notwendige Aufgabe für weitere Untersuchungen.

66 Vgl. zu den damit gesetzten Legitimationsproblemen auch den Beitrag von Chr. Neusüß in diesem Heft.